

Das Vorhandensein dieses Bildes, das sehr eng mit der Jakobswallfahrt verbunden ist, in der Biberacher Stadtpfarrkirche könnte ein Hinweis darauf sein, daß ursprünglich ein Zusammenhang zwischen der Jakobsbruderschaft und der Wallfahrt nach Santiago bestand. Es erklärt wahrscheinlich auch, wieso die Jakobsbrüder gerade den Dreikönigsaltar „eingenommen“ haben, ganz abgesehen davon, daß auch die Heiligen Drei Könige in der Ikonographie des Jakobsweges eine Rolle spielen (vgl. Portal der Kirche in Villafranca del Bierzo). Leider ist diese Pilgerkrönung nicht erhalten geblieben. Allein das Wissen um ihr einstiges Vorhandensein kann für weitere Überlegungen und Forschungen von Bedeutung sein.

Die Reformation und der Bildersturm haben, wie viele andere auch, die Jakobsbruderschaft und die zahlreichen Jakobsbildwerke verschwinden lassen. In einer „Abrechnung“ stellt Heinrich von Plummern alle diese Verluste zusammen. Die Verluste in der Stadtpfarrkirche wurden bereits erwähnt. Auch außerhalb der Kirchen wurde zerstört, „man stuis die Bildsilen (Bildsäulen) um“. Dieser Maßnahme fiel sicherlich auch die Jakobusfigur am Ulmer Tor zum Opfer. „Man tet die Bruoderschaften ab, wies (wie es) frum Brieder und Schwester hetent anfangen.“

Damit war eine Tradition verschwunden, die lange Zeit den Charakter der Stadt wesentlich mitgeprägt hatte. Die Jakobswallfahrt wurde mehr oder weniger vergessen, und den Gebrüdern von Plummern verdanken wir es, daß wir nach einem langen

Dornröschenschlaf ein wenig von diesem mittelalterlichen Phänomen lebendig werden lassen können. Gerade in unseren Tagen, wo der Gedanke der Pilgerschaft eine Wiedergeburt erlebt, ist eine Rückbesinnung auf die Wurzeln und Geschichte dieser religiösen Bewegung von besonderer Bedeutung.

#### Quellen und Literatur

##### Allgemein

- Barret/Girgand, Unterwegs nach Santiago, Freiburg 1982  
Bottineau, Der Weg der Jakobspilger, Bergisch Gladbach 1987  
Hell, Die große Wallfahrt des Mittelalters, Tübingen 1985  
Herbers, Der Jakobsweg, Tübingen 1986  
Herbers (Hrsg.), Deutsche Jakobspilger und ihre Berichte, Tübingen 1988  
Nagel, Armut im Barock, Weingarten 1986  
Plötz (Hrsg.), Europäische Wege der Santiago-Pilgerfahrt, Tübingen 1990  
Wallfahrt kennt keine Grenzen, München 1984

##### Literatur zu Biberach

- Angele, Alt-Biberach, Biberach 1962  
Chronik des Heinrich von Plummern, in: Freiburger Diözesanarchiv 9, 1875  
Chronik des Joachim von Plummern, in: Freiburger Diözesanarchiv 19, 1887  
Hoffmann/Diemer, Städtische Sammlungen (Braith-Mall-Museum) Biberach. Katalog der Gemälde und Skulpturen bis 1900, Biberach 1975  
Preiser, Biberacher Bauchronik, Biberach 1928  
Ulrich, Der Heilig-Geist-Hospital zu Biberach an der Riß, Biberach 1965

## Besitzt Biberach die älteste Frauenarbeitsschule der Welt?

### Aus dem Schul-, Vereins- und Sozialleben der Stadt im 19./20. Jahrhundert

Von Prof. Dr. Willi A. Boelcke, Stuttgart

Stärker als in vorindustrieller Zeit nahm seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das stark verbreitete mehrstufige Bildungssystem Einfluß auf den Entwicklungsprozeß von Wirtschaft und Gesellschaft, wengleich begabten Volksschulabsolventen bis Anfang des 20. Jahrhunderts der Zugang zu höher qualifizierten Berufen generell noch nicht blockiert war. Zum Polizeidirektor stieg der einstige Polizeisoldat Ludwig Flächer auf, der als solcher 1872 noch standesgemäß die Rosine Roller, Tochter des Oberamtsdieners Roller, geheiratet hatte (gemeinsames Beibringen knapp 1500 fl.). Biberach hat viel für die Entwicklung seines Schulwesens getan. Überfordert waren dennoch stets die Volksschulen als Massenschulen, in Biberach vertreten durch eine evangelische und katholische Konfessionsschule, jeweils getrennt in eine Knaben- und Mädchen Volksschule. Es fehlte vor allem nicht an

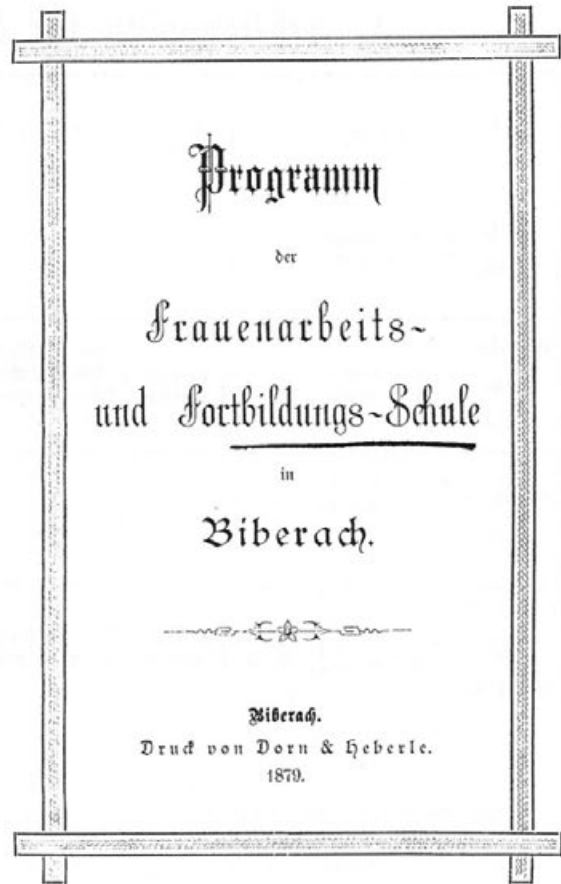
Klagen darüber, daß die Volksschulen in ihrem Lehrplan für die Anforderungen des späteren Lebens nichts oder nur wenig leisten würden. Die gewerbliche Fortbildung der Volksschulabgänger wurde daher als dringend notwendig erkannt. Sonntags- und Industrieschulen waren die Vorläufer der Berufsschulen.

Zuerst im Königreich Württemberg tauchten plötzlich Frauenarbeitsschulen auf. Sie entsprangen dem Bedürfnis, den aus der Volksschule entlassenen Mädchen eine bessere berufliche Ausbildung zu ermöglichen. In Stuttgart hängte man 1861 an die gewerbliche Fortbildungsschule eine „Abteilung“ für Mädchen an. Im Jahre 1867 gründete der Fabrikant Carl Neff in Biberach zur Unterrichtung von Mädchen und Frauen zunächst in Handarbeiten die erste regelrechte Frauenarbeitsschule und führte sie auf eigene Rechnung, bis sie 1877 vom Spital übernommen wurde. Zweck der Frauenarbeitsschule war nach dem 1879 gedruckten „Pro-

gramm", „den Schülerinnen durch einen systematischen, auf der Grundlage des Zeichnens beruhenden Unterricht einen solchen Grad von Selbständigkeit in den verschiedenen weiblichen Handarbeiten zu geben, daß sie hiedurch ebenso für die betreffenden Arbeiten ihres häuslichen Berufes wie zu künftiger Erwerbstätigkeit befähigt werden" und „durch den Unterricht in einer größeren Anzahl allgemein bildender Fächer die geistige Fortbildung der Schülerinnen zu fördern". 1943, inzwischen in ihren Aufgaben beträchtlich erweitert, erhielt sie den Namen Städtische Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule; 1960 übernahm der Landkreis die Trägerschaft. Sie ist so wohl die älteste überhaupt, denn erst im Januar 1868 wurde in Reutlingen als ebenfalls private Gründung zunächst versuchsweise eine „Industriezeichenschule für erwachsene Mädchen" gegründet. Zwei Jahre später wurde sie mit erweitertem Programm in Frauenarbeitsschule umbenannt und erfreute sich seitdem der besonderen Obhut von Stadt und Staat, was sich von der etwas älteren Biberacher Gründung nicht sagen läßt.

Eine gewisse Vorreiterrolle kam Biberach auch im gewerblichen Fortbildungswesen zu. Aus der 1854 eingerichteten gewerblichen Fortbildungsschule entwickelte sich bis um 1900 ein differenziertes Schulsystem, das sich durch sein spezielles Lehrangebot für Lehrlinge des Handelsstandes (1900: 50 Schüler), des Gewerbestandes (1900: 215 Schüler) und für spätere Bauhandwerker und Bautechniker (1900: 36 Schüler) auszeichnete. Wenig später erfolgte der Ausbau zu drei getrennten Schulen. 1907 entstand die zur Meisterprüfung vorbereitende Bauhandwerkerschule für Maurer, Zimmerleute und Steinhauer. Sie und die seit 1909 existierende Städt. Handelsschule (1938/39: 243 Schüler) gewährleisteten einen qualifizierten Nachwuchs für Berufe der Wirtschaft.

Der Besuch der Biberacher Latein- und Realschule, des heutigen Wieland-Gymnasiums, blieb in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitgehend eine Domäne der Söhne der städtischen Ober- und Mittelschicht sowie der aus besser situierten Familien von Nachbarorten. Doch neben ihnen wurden immer wieder Kinder aus der sozialen Unterschicht aufgenommen, so Söhne von Tagelöhnern und Seldnern wie auch der Sohn des Turmwächters (1894 Jahreslohn: 500 M). Auch die verschwindend kleine israelitische Minderheit in der Stadt (1875: 22 Einwohner; 1910: 15) schickte begabte Söhne auf die Sekundar-Schule. Die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnende Abkehr von den klassischen Lehrinhalten (einschließlich Latein und Griechisch) und die verständliche Hinwendung zu Mathematik und Naturwissenschaften sowie zu den „lebenden" Sprachen führten zu einer zunehmenden Aufwertung der 1874 unter einem eigenen Rektor verselbständigten Realschule. Insbesondere die Söhne des evangelischen Wirtschaftsbürgertums bevorzugten seit den 1870er/80er Jahren den Besuch der Realschule, während Schüler katholischer Konfession, häufig mit dem Berufsziel Katholische Theologie, der alten Latein-



schule treu blieben. Der starke Rückgang der Schülerzahlen der Lateinschule in den 1890er Jahren (1884: 104; 1900: 43) zog 1898/99 zwangsläufig den Ausbau der Realanstalt zur achtklassigen Schule (1900: 140 Schüler) nach sich, während die Lateinschule 1908 in ein sechsklassiges Progymnasium umgewandelt und der Leitung der Realschule unterstellt wurde. Der lange erstrebte Ausbau bis zum Abitur folgte 1928/29 durch Erhebung der Anstalt zur neunklassigen Oberrealschule mit realgymnasialer Abteilung (seit 1937: Oberschule).

Trotz der allgemein wachsenden Beliebtheit der Oberrealschulen legte weiterhin nur ein Bruchteil ihrer Schüler die Reifeprüfung ab. Das galt mehr noch für die Mädchen. Der höheren Schulbildung von Mädchen begegnete man bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sogar mit sichtlichem Widerstreben. Als paritätische private Gründung entstand schon 1860 in Biberach ein alsbald vom Spital gefördertes Töchterinstitut (1903: Töchterchule), dessen Schulträgerschaft zu übernehmen sich die Stadt bis 1907 widersetzte (1901: 58 Schülerinnen). 1930 firmierte es als Mädchenrealschule; 1960 wurde diese in ein Progymnasium umgewandelt und seit 1969 als Pestalozzi-Gymnasium zur Vollanstalt ausgebaut. Die Emanzipation der Frau hat eine lange Geschichte voller Hindernisse. Hier-

## A. Lektionsplan für die Frauenarbeitschule.

Kurse.	Montag.	Dienstag.	Mittwoch.	Donnerstag.	Freitag.	Samstag.
<b>Weißnäh.</b>	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-10 Muster- schnittzeichnen. 10-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-10 Muster- schnittzeichnen. 10-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-10 Handar- beiten. 10-12 Geomtr. Zeich- nen. 2-4 Hand- arbeiten.	8-12 Handar- beiten.
<b>Maschi- nen- näh.</b>	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-10 Muster- schnittzeichnen. 10-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-10 Handar- beiten. 10-12 Geomtr. Zeich- nen. 2-4 Hand- arbeiten.	8-12 Handar- beiten.
<b>Kleider- näh.</b>	8-10 Muster- schnittzeichnen. 10-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-10 Zeichnen. 10-12 } Handar- 2-4 } beiten.	(8-10 Zeichnen) 8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-10 Muster- schnittzeichnen. 10-12 Handar- beiten.
<b>Sticken &amp; Woll- arbeiten.</b>	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-10 Zeichnen. 10-12 } Handar- 2-4 } beiten.	(8-10 Zeichnen) 8-12 } Handar- 2-4 } beiten.	8-12 Handar- beiten.

zu zählte auch ein Erlaß vom 9. April 1940, der lautete: „Nach den Bestimmungen des Herrn Reichserziehungsministers in Berlin und des Herrn Kulturministers von Württemberg über die Neuregelung der höheren Schulen ist die Erziehung der Mädchen von der der Jungen im heutigen nationalsozialistischen Staate klar zu trennen.“

### Vereinsleben

Auch in dem sich stärker auffächernden Biberacher Vereinswesen des 19. und 20. Jahrhunderts spielte – typisch für herrschenden Zeitgeist – die Frau eine untergeordnete, bevormundete Rolle. Sogar in ausgesprochenen, dem Namen nach reinen Frauenvereinen (Evangelischer Verein für Krankenkost, an Arme zu verabreichen; Evangelischer Verein für ältere Honoratiorentöchter; Gustav-Adolf-Frauen-Verein; Katholische Marianische Jungfrauenkongregation; Katholischer Mütterverein) wurden vor dem Ersten Weltkrieg Frauen als Vorsitzende oder im Vorstand nicht geduldet. Mit dem Ersten Weltkrieg zeigten sich erste Risse in der patriarchalischen Welt, in der – wie Frauen sich ausdrückten – die Männer „ja immer recht“ hatten. Erst entdeckte der Krieg die Unentbehrlichkeit der Frau, dann die Politik ihre Wählerstimme. In kleineren Gewerbebetrieben „übernahmen häufig die Frauen den ganzen Betrieb allein oder mit einem Lehrlingen“. Kranken- und Verwundetenpflege sowie die Aufgaben der Sozialfürsorge vor Ort lagen im Krieg fast ausnahmslos in den Händen und in der Verantwortung von Frauen. Im Erleben

beider Weltkriege veränderten sich überlieferte Wertordnungen. Aber es wurde mit mehr oder weniger Erfolg auch versucht, die Uhren wieder zurückzudrehen. Im Jahre 1930 führten in 8 der 40 örtlichen konfessionellen Vereine – 1903 waren es nur insgesamt 16 – Frauen den Vorsitz oder fungierten als Vorstand (Bahnhofsmissionen, Evangelischer Frauen-Missionsverein, Evangelischer Frauenverein, Verein der Freundinnen junger Mädchen, Konstanzia, Katholischer Frauenbund, Nähsschule). Zeitumstände und Rechtsordnung arbeiteten weiterhin nicht für, sondern gegen die Frau. Nach dem alten württembergischen Güterrecht der Zeit vor 1900 bestand die landrechtliche Errungenschaftsgemeinschaft. Danach hatte jeder Ehegatte an dem durch beiderseitigen Fleiß während der Ehe erzielten Vermögenszuwachs, der Errungenschaft, die Hälfte zu beanspruchen. Das seit 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch nahm der Ehefrau den Anspruch auf den ehelichen Vermögenszuwachs. Die sog. Errungenschaft gehörte fortan allein dem Mann. Dieser gesetzliche Güterstand entsprach nach beiden Kriegen meist nicht mehr den Interessen der Eheleute und noch weniger den der Ehefrauen, aber der Gesetzgeber änderte nichts daran. Wie lautete doch der Schlußvers des Gedichts zur Einweihung der Mädchenschule im Jahre 1907:

„Die Mädchen man erziehe  
zur zücht'gen, tücht'gen Frau!“

Das einst paritätisch regierte Biberach hatte sich im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

## B. Lektionsplan für die Fortbildungsschule.

Montag.	Dienstag.	Mittwoch.	Donnerstag.	Freitag.	Samstag.
3 $\frac{1}{2}$ –4 $\frac{1}{2}$ Uhr Französisch.	4 $\frac{1}{2}$ –5 $\frac{1}{2}$ Uhr Schön schreiben.	4–5 Uhr Naturlehre mit Haushaltungs- chemie und Gesundheits- lehre.	4 $\frac{1}{2}$ –6 Uhr Buchführung mit Korrespondenz.	8–10 Uhr Vormittags Freihand- zeichnen. (s. auch Frauen- arbeitschule.)	2–4 Uhr Französisch.
4 $\frac{1}{2}$ –5 $\frac{1}{2}$ Geschäftsbriefe und Geschäftsauf- sätze. (Obere Abtheil.)	5 $\frac{1}{2}$ –7 Deutsche Litera- turgeschichte.	5–6 Rechnen. (Untere Abtheil.)	6–7 Geschäftsaufsätze und Geschäftsbrie- fe. (Untere Abtheil.)	4 $\frac{1}{2}$ –5 $\frac{1}{2}$ Geschäftsaufsätze und Geschäftsbrie- fe. (Obere Abtheil.)	4–5 Geschäftsauf- sätze und Geschäftsbriefe. (Untere Abtheil- ung.)
5 $\frac{1}{2}$ –7 Rechnen. (Obere Abtheil.)		6–7 Singen.		5 $\frac{1}{2}$ –7 Geographie und Geschichte.	5–6 Singen.

zu einer Stadt mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung entwickelt (1871: 3544 Evangelische und 3516 Katholische; 1925: 3621 bzw. 6413), ohne daß dadurch und durch das zugleich erwachende Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft tradierte gesellschaftliche Werthaltungen in Frage gestellt wurden. Dennoch traten Trennungslinien in Wirtschaft und Gesellschaft, Gruppenbildungen deutlicher hervor. Angebote und Mitarbeit in den frühbürgerlichen Sozial- und Geselligkeitsvereinen, vom Liederkranz bis zum Leichenverein, genügten offensichtlich nicht mehr den Interessen und dem Erwartungshorizont der Bewohner der Stadt. Mit der 1862/63 hergestellten Gewerbefreiheit schlug die Stunde der gewerblichen Interessenverbände. Gewerbetreibende riefen 1866 den Gewerbeverein und 1881 den Kaufmännischen Verein ins Leben. Innungsgründungen folgten. Die Organisation auf der Arbeitnehmerseite begann mit der Errichtung von Arbeiterbildungs-Vereinen und des 1861 gegründeten katholischen Gesellenvereins. Aus den Arbeiterbildungsvereinen gingen schon während der Geltung von Bismarcks Sozialistengesetz örtliche Gewerkvereine hervor (1879: Maschinenbauer-Verein; 1880: Tischler-Verein; 1885: Flaschner-Verein; 1893: Gewerkverein der Schuhmacher und Lederarbeiter; Metzgergesellenverein u. a.), die als wirtschaftlich-soziale Unterstützungsvereine tätig wurden. Es waren Ortsvereine der dem linken Liberalismus zuzurechnenden Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine, die in Südwestdeutschland bis nach 1900 die zweitstärkste Gewerkschaftsorganisation darstellten. Etwa gleichzeitig mit den Gewerk-

schaftsgründungen vollzog sich die Bildung konfessioneller Vereine, beginnend mit dem Evangelischen Kirchenmusikverein im Jahre 1877. Das Adreßbuch aus dem Jahre 1903 listet 71 örtliche Vereine auf, darunter Interessenverbände verschiedenster Ausrichtung (u. a. Militärverein), Sozialhilfeeorganisationen, insgesamt 28 Freizeit- und Geselligkeitsvereine, solche der Gewerkschaften (u. a. Sängerbund der Gewerkvereine) und der beiden großen Konfessionen sowie Vereine, die das allgemein bürgerliche bzw. städtische Interesse wahrnahmen (Badverein, Verschönerungsverein u. a.).

In nicht wenigen Vereinen führten damals Kaufleute und Fabrikanten den Vorsitz, alles angesehene Wirtschaftsbürger, die sich zumeist als Mäzene um die Vereinszwecke verdient gemacht hatten. Der Süßwarenfabrikant Kommerzienrat Gustav Baur war lange Zeit der bedeutendste private Förderer der städtischen Kunst- und Altertumsammlungen. Für das Wieland-Museum und den Wieland-Verein engagierte sich die Fabrikantenfamilie Schelle. Schützengilde, Schützendirektion sowie der Verkehrs- und Verschönerungsverein erfreuten sich in besonderem Maße des Fördereifers von „Sponsoren“ aus dem Wirtschaftsbürgertum. Friedrich Montag (1875–1958), Glasermeister und Fensterfabrikant, 1930 Vorstand der Schützendirektion, machte 1943, als die militärische Niederlage des Hitler-Reiches näher rückte, eine Schützenstiftung in Höhe von 10000 RM mit der damals außergewöhnlichen Auflage, daß beim Kindergottesdienst am Schützenmontag in der evangelischen Hospitalkirche das Lied gesungen werde: „Geh“ aus

mein Herz und suche Freud in dieser schönen Sommerzeit an deines Gottes Gaben“.

Je mehr alte Sozialbindungen verschwanden oder brüchig wurden oder je weniger sie den Anforderungen der Zeitbedürfnisse genügten, um so mehr verstärkte sich offenbar in der Gesellschaft und in den verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten die Tendenz zum Aufbau neuer Sozialbeziehungen sowie ihrer Portionierung, Strukturierung und Institutionalisierung. Ein Verhaltenswandel der Biberacher schon vor 1900 blieb aufmerksamen Zeitgenossen nicht verborgen, ohne daß die Gesellschaft aber aus der Balance geraten wäre. Adam Kuhn bemerkte im Jahre 1900: „... von dem bewegten und frohen Leben der Reichsstädter in unseren vielen hübschen Bierkellern ist nur noch ein schwacher Abglanz zu bemerken, aber die Vorliebe für viele Speisen, die nur hier anzutreffen sind und verschiedene Gebräuche, so das Schützenfest in seinem ganzen Verlauf..., sind geblieben.“ Verglichen mit der Polarisierung und Zerrissenheit in der Weimarer Epoche besaßen Staat und Gesellschaft in monarchischer Zeit noch eine erstaunliche Integrationskraft. Der Krieg aber wurde zur spürbaren Zäsur. Biberachs Lehrern bereitete die Erziehung der Jugend zunehmend Schwierigkeiten. Der Verfall der „feinen Sitten“ zeigte sich in vielerlei Gestalt. Schulversäumnisse häuften sich namentlich in den Volksschulen. Auch wurde „die Ausgelassenheit und Unbotmäßigkeit unserer aus der Schule entlassenen männlichen Jugend immer größer, sie ließ sich namentlich in der Nacht schwere Ausschreitungen zu schulden kommen“. Eigentumsdelikte wurden begangen. Je deutlicher sich die deutsche militärische Niederlage am Ende des Ersten Weltkriegs abzeichnete, vieles im Umfeld des Lebens zerstört schien, um so mehr gingen in der Gesellschaft überlieferte Verhaltensmuster und bürgerliche Wertvorstellungen verloren. Wohl zuerst die Jugend reagierte auf den Ernst der Kriegsergebnisse mit Unruhe, Zerrahrenheit und Aggressivität. Mit dem moralischen Desaster der militärischen Niederlage zersplitterte die Gesellschaft in verschiedenste politische Schattierungen, wobei sich überall das Gruppeninteresse in den Vordergrund schob. In der sich verdüsternden Zeit präsentierte sich das Vereinswesen in einer nie dagewesenen Zerklüftung und unübersehbaren Vielgestaltigkeit, ehe es vom befohlenen politischen Gleichschritt niedergewalzt wurde. Im Jahre 1930 bestanden 15 Ortsgruppen bzw. Ortskartelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Freie Gewerkschaften), 18 Ortsgruppen des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, weitere 12 Ortsvereine des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Hirsch-Duncker), ferner weitere 57 Interessenvertretungen und Innungen, 40 konfessionelle Vereinigungen, 7 Ortsgruppen verschiedener Parteien sowie 11 Traditionsverbände (Frontkämpferbund, Kriegerverband, Offiziersbund, Reichsbanner, Veteranenverein, Waffenring u. a.), 8 Gesang- und Musikvereine sowie weitere 35 Freizeit- und sonstige Vereine (Albverein, Briefmarkensammler, Funkverein, Hundefreunde, Philii-

ster-Zirkel, Sportvereine, Tennisklub u. a. m.), insgesamt über 200 Vereine, Verbände und Parteien, in denen fast ausnahmslos Männer den Ton angaben und meist Männer unter sich waren, sich in ihren Meinungen bestärkten, vielleicht sich auch ein Gegengewicht zur frustrierenden Alltags- und Arbeitswelt schufen. „Vereinsmeierei“ verhalf zu einer auf den kleinsten Nenner gebrachten Integration in einer immer mobiler gewordenen Gesellschaft und Wirtschaft.

## Sozialhilfen

In einem Brief von 1877 klagte Kupferschmiedemeister Rudhardt über die seit längerer Zeit schlechte Geschäftslage und über das zur Landplage gewordene Betteln, „dauernd von den durchziehenden Handwerksburschen belästigt zu werden. Der eine hat keine Schuh, der andere kein Hemd, wieder ein anderer keine Hose...“

Wem der Arbeitsmarkt damals und späterhin als Handwerksgeselle, Industriearbeiter oder Tagelöhner Arbeitsmöglichkeiten eröffnete, der mußte ein vielgliedriges Netzwerk inner- und zwischenbetrieblicher Lohndifferenzierungen akzeptieren, die zudem in regionale und örtliche Gefälle eingebunden waren. In Biberach, das sich gegenüber anderen Städten durch sein relativ niedriges Preisniveau auszeichnete, lag der Lohnpegel deutlich unter dem größerer Städte. Der ortsübliche Tageslohn für einen männlichen Arbeiter über 16 Jahre betrug 1884 1,60 M und 1,80 M im Jahre 1898 (in Stuttgart 2,50 M), der einer Frau damals 1,20 M.

Etwa seit der Mitte der 1860er Jahre wurde Sozialpolitik zur Lösung sozialer Fragen zu einem in der Öffentlichkeit diskutierten zentralen politischen Problem. Im Mittelpunkt stand hierbei die soziale Absicherung der Arbeiter und Handwerksgesellen. Von katholischer Seite wurde damals die Bildung von Gesellenvereinen initiiert. Mit dem Spital zum Hl. Geist, der durch die Ablösung von Zehnten und Kirchenbaulasten seine Schulden abtragen und sich wirtschaftlich sanieren konnte, besaß Biberach eine leistungsfähige Sozialinstitution, mit deren Hilfe es einen Großteil der anfallenden örtlichen Sozialfürsorge bewältigen konnte. Das Aktivvermögen (Kapital) des Spitals betrug im Jahre 1900 1149056,21 M bei einem Einnahmetat von 219689 M. Gebäude, Grundbesitz und Waldungen des Spitals stellten einen Vermögenswert von knapp 5 Millionen M dar. Der Spital übernahm die gesamte Armenlast, die von der Stadt bzw. von der Armenbehörde zu tragen war, so daß der Steuerzahler von einer Armenumlage verschont blieb. Aufgrund eines Erlasses der Kreisregierung wurde 1874 geregelt, daß die für die öffentliche Armenunterstützung zu verwendenden Mittel, welche an die Armenbehörde auszuliefern waren, alljährlich anlässlich der Festsetzung des Hospitaletats zwischen dem Stiftungsrat und der Ortsarmenbehörde zu vereinbaren seien. 1882/83 wurde von der Hospitalpflege ein Barbetrag von 63427 M abgeführt, 1899/1900 von rund 80000 M. Darüber hinaus übernahm der Spital

zahlreiche weitere Sozialleistungen und gewährte Darlehen. Er teilte sog. „Gratialis“ aus, unterstützte Kranke oder Arbeitsunfähige (April–Juni 1882 mit 702 M), vergab Konfirmations- und Kommunionkleiderzulagen an arme Bürgerkinder (April/Mai 1882 an 18 Kinder 218 M), verhalf armen Bräuten und Bräutigamen zur Aussteuer, trug Kur- und Beerdigungskosten (1882/83 für 217 Personen in Höhe von 3 464,14 M) und leistete Beihilfen für die Erwerbsvorbildung (Lehrgeld), für Bäder, an Rekruten usw. Die gewährten „Gratialis“, für die kein Rechtsanspruch bestand, summierten sich insgesamt zu einem Betrag von jährlich mehr als 5 000 M. Zu den vom Spital übernommenen Kurmitteln gehörten jährlich auch 1 000–2 000 Flaschen Wein, die seit 1893 nicht mehr aus den Apotheken, sondern vom örtlichen Weinhandel bezogen werden sollten. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts diente der Neue Spital an der Waldseer Straße vor allem auch als Krankenhaus und Pflegeheim (1899: 439 Kranke, 9 Geisteskranke, 30 Hospitaliten). Er unterhielt eine „Kleinkinderschule“ (Kindergarten) und gewährte Zuschüsse an Kirchen und für Schulbauten. Die Geschichte des Spitals und seiner Mildtätigkeit für Arme und Kranke, seiner Fürsorge für Kinder und Jugendliche prägte in großem Maße die Biberacher Sozialgeschichte und erklärt wesentlich deren Besonderheiten.

Fast 13 Prozent der Einwohner Biberachs wurden 1875 mit Geld unterstützt. Im Jahre 1899 erhielten von der Ortsarmenbehörde rund 240 Bürger, Unterstützungswohnsitz-Berechtigte und andere Fürsorgeleistungen in Höhe von 1 M bis 4,50 M. Während des Ersten Weltkriegs mußten die verschiedenen Fürsorgeleistungen beträchtlich erhöht und erweitert werden. Allein auf dem Gebiet der Kriegskrankenfürsorge wurde 1 500 Familien mit 8 000–9 000 Angehörigen geholfen. Die Stadt zahlte an bedürftige Angehörige der zum Kriegsdienst Einberufenen eine zusätzliche Familienunterstützung in gleicher Höhe wie die gewährte reichsgesetzliche Unterstützung. Darüber hinaus wurden Hospitalpflege und Hospitalverwaltung für zusätzliche Leistungen zur Kriegswohlfahrtspflege herangezogen (Darlehen für heimgekehrte Krieger, Holz für minderbemittelte Kriegerfamilien, Bezahlung von Steuerrückständen für bedürftige Kriegsteilnehmer, Teuerungsbeihilfen, Liebesgaben, Lebensmittelversorgung u. a.), die sich insgesamt von 1914 bis 1918 zu einem Betrag von 232 364 M anhäuferten. Die Kriegswohlfahrtspflege, die den Menschen den Krieg erträglicher machen sollte, ging fast nahtlos in die Friedenswohlfahrtspflege über, ohne daß sich für viele das Leben von der besseren Seite zeigte. Wohnungsnot, Mangel an Arbeitsplätzen und eine gewaltige Inflationslawine, durch die sich bald täglich die Kaufkraft des Geldes entwertete, bestimmten das Sozialgeschehen bis Ende 1923. Damals kostete in Biberach ein Liter Bier 52 Milliarden M und ein Pfd. Fleisch 900 Milliarden M.

So sehr die Stadtgemeinde mit Hilfe vor allem des „spitälichen“ Kapitalsegens herrschende Armut und Not zu lindern sich bemühte: ein modernes sozialstaatliches Netz zu spannen wäre sie überfor-

dert gewesen. Bismarcks Sozialversicherungsgesetzgebung legte das Fundament für den modernen Sozialstaat, beginnend mit dem Krankenversicherungsgesetz von 1883, dem Unfallversicherungsgesetz von 1884 und dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von 1889. Den Lohnabhängigen und Einkommenschwachen sollte bei Krankheit, Invalidität und im Alter eine Mindestabsicherung gewährleistet werden. Nach den Beibringungsinventaren aus der Zeit um 1880 überstiegen die Vermögen von Arbeitern und Tagelöhnern selten 1 000 M. Leistungen aus der Sozialversicherung waren daher willkommen. Von den 439 Kranken des Biberacher Hospitals im Jahre 1899 übernahmen für 81 Prozent der Kranken die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten und für 17,3 Prozent andere öffentliche Kassen; nur sechs Kranke waren Selbstzahler. Im gleichen Jahr wurde von der Alters-, Invaliditäts- und Krankenversicherung an 128 Personen ein Gesamtbetrag 16 516,59 M ausbezahlt. Sechs Jahre nach Errichtung der AOK Biberach zählte sie bereits 1 382 Mitglieder und 1914 allein in der Stadt 4 429. Neben der Allgemeinen Ortskrankenkasse bestanden 1930 am Ort weitere 15 Kranken-, Ersatz- und Sterbekassen.

Seit dem Ersten Weltkrieg und insbesondere während der Weltwirtschaftskrise hat sich die Anzahl der Empfänger von Sozialleistungen beträchtlich vermehrt. Unterstützt werden mußte überwiegend die zunehmende Sozialschicht der aus dem Berufsleben Ausgeschiedenen, der sog. „selbständigen Berufslosen“ (1933: 1 275 = 12,3 Prozent der Einwohner) und vor allem die größer gewordene Schar der Arbeitslosen (1933: 1 006 einschließlich Angehörige = 9,6 Prozent der Einwohner). Die Fürsorgeleistungen, die nicht einmal mehr das Existenzminimum gewährleisten konnten, vermochten die allgemeine Verelendung aber nicht mehr aufzuhalten. Um die Not zu lindern, hat Fabrikant Wilhelm Gustav Gerster (1856–1936), seit 1931 Ehrenbürger der Stadt, erhebliche Zuweisungen an Weihnachten für die notleidende Bevölkerung gemacht. Auch nach 1933 war die Liste derer, die beim Städtischen Fürsorgeamt um zusätzliche Sozialhilfe nachsuchten, lang, obwohl nicht wenige Antragsteller wieder in Arbeit und Brot standen. Aber 17 RM Wochenlohn für eine Frau oder 20,70 RM Wochenverdienst für einen Mann reichten nicht zum Lebensunterhalt aus. 479 Fürsorgeanträge wurden vom Fürsorgeamt im Zeitraum vom 1. Februar 1934 bis 31. Januar 1935 bearbeitet, 329 im folgenden Jahresabschnitt. Mietbeihilfen, Milchbeihilfen, Brotunterstützung, Hilfen für Zahnersatz, ein warmes Mittagessen, die Überlassung getragener Schuhe gegen Arbeitsleistung u. a. wurden beantragt. Als der Tagelöhner Joh. Teufel am 16. Oktober 1934 Arbeit in Friedrichshafen erhielt, suchte er beim Fürsorgeamt um ein Paar Schuhe nach und für die Ehefrau um einen Strohsack als Schlafunterlage. Der Antrag wurde genehmigt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholte sich für viele die Not eines Lebens am Rande des Existenzminimums.